

dass er die Informationen aus den Alternativberichten in seine Verhandlungen und Bewertungen einfließen lässt.¹¹

Die Erfahrungen mit CEDAW verdeutlichen wie wichtig zivilgesellschaftliches Engagement um internationale Rechte zu mobilisieren. Die personell an vielen Stellen neu zusammengesetzte Kommission „Völker- und Europarecht“ wird es sich zur Aufgabe machen, internationale Frauenrechte noch breiter in den Blick zu

nehmen und sie für die Durchsetzung und Stärkung von Frauenrechten in Deutschland in die Argumentation einfließen zu lassen.

Dr. Katja Rodi

¹¹ Hierzu ausführlich djbZ 1/2009 und djbZ 2/2017 mit Schwerpunkt CEDAW.

DOI: 10.5771/1866-377X-2018-2-124

Junge Juristinnen – das Netzwerk der Juristinnen in Ausbildung

Ein Netzwerk mit Einfluss – diese vier Worte beschreiben sicher nicht nur den Deutschen Juristinnenbund e.V. (djb), sondern auch sein Netzwerk der Juristinnen in Ausbildung, die Jungen Juristinnen (JuJus) ebenso knapp wie zutreffend. Von Beginn an eine tragende Säule der djb-Präsenz vor Ort, tragen die JuJus als Teil des Bundesvorstands seit nunmehr siebzehn Jahren institutionell bundesweit Verantwortung für die Verbandsarbeit des djb. Zu ihren Kernaufgaben zählt die Vernetzung der JuJus in den Regionalgruppen und Landesverbänden.

Der Beschluss, Juristinnen in Ausbildung in den Vorstand des djb einzuladen zu lassen, mag zunächst auf das rasante Anwachsen der Mitgliederzahlen Anfang der 1990er Jahre zurückgehen. So berichtet Barbara Helfert für die Regionalgruppe Düsseldorf im Rundschreiben Nr. 78 vom 1. Mai 1991 auf Seite 54 bereits über entsprechende Entwicklungen im Jahr 1990: „Es sind vermehrt junge Frauen eingetreten, teilweise sind sie noch Referendarinnen oder Berufsanfängerinnen.“ Ein weiterer Grund mag in einer anlässlich der Wiedervereinigung geführten Debatte über die Reform der juristischen Ausbildung gelegen haben. Eine Podiumsdiskussion im Vorfeld zu einem Zwischenbericht eines „Ausschusses zur Koordinierung der Juristenausbildung“ der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister der Länder im Jahr 1997 führte die Frage „Neue Wege in der Juristenausbildung?“ im Titel. Angesichts der nunmehr auch unter Jurist*innen erschwerten Beschäftigungslage beabsichtigte man die primär Betroffenen zu grundlegenden Diskussionen, etwa um das Festhalten an oder Aufgeben des Ausbildungsmodells „Einheitsjurist*in“, vielleicht bewusst in Gremienscheidungen einzubeziehen.

Einfluss nehmen, eigene Themen einbringen, Geschlechtergerechtigkeit gerade in der Ausbildung und dem Berufseinstieg umsetzen – das war vermutlich der Wille der jungen Kolleginnen, der den Gedanken einer besonderen Vertreterin für „Juristinnen in Ausbildung“ letztlich Realität werden ließ. 1999 schlug der Arbeitsstab „Willensbildung“ auf der Grundlage einer bundesweit durchgeführten Mitgliederbefragung eine stärkere Fokussierung auf Berufsgruppen vor. Teil des Vorschlags war es zunächst auch, eine der in Ausbildung befindlichen Juris-

tinnen als Vertreterin in den Bundesvorstand zu berufen. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung im Jahr 2000 in Göttingen wurde nach Überarbeitung des ursprünglichen Änderungsentwurfs gemäß Seite 29 des Protokolls schließlich der Beschluss gefasst, eine der beiden Beisitzerinnen aus dem Kreis der Juristinnen in Ausbildung zu benennen. Bis heute hat diese Regelung Bestand.

Vertreterinnen der Mitglieder in Ausbildung im Bundesvorstand brachten früh die Idee ein, Social Media Kanäle für ihre Vernetzung mit den JuJus in den Landesverbänden und Regionalgruppen zu nutzen. Im Jahr 2007 waren dies noch das „StudiVZ“ und „XING“. 2016 wurde schließlich der Beschluss für eine eigene Facebook-Seite der JuJus gefasst, die sich zunehmender Beliebtheit erfreut. Viele andere Projekte, wie etwa Berufsbilder-Veranstaltungen, eine Praktikumsbörse und eine intensive Zusammenarbeit mit dem Arbeitsstab „Berufsorientierung, Karriereplanung, Networking“, heute „Arbeitsstab Ausbildung und Beruf“, bleiben prägend für das Aufgabenfeld der JuJus auf Bundesebene. So brachten die JuJus erstmals im djb das Thema „Sexismus in der Ausbildung“ auf. Tanja Altunjan und Leonie Babst, die als JuJus zu Beisitzerinnen im djb gewählt wurden, nehmen an den Sitzungen des Arbeitsstabs „Ausbildung und Beruf“, der dieses Thema insbesondere durch den Blog „Üble Nachlese. Diskriminierung in der juristischen Ausbildung“ (<https://juristenausbildung.tumblr.com/>) für den gesamten Verband in den Fokus rückte, regelmäßig teil.

Auf Landes- und Regionalebene engagieren sich in 16 Untergliederungen JuJu-Ansprechpartnerinnen vor Ort.

Die JuJus bleiben damit weit mehr als ein nach Alter abgegrenztes Netzwerk. Die Aufgabe, gleichstellungspolitische Inhalte bei Ausbildung und Berufseinstieg über Landesgrenzen hinweg nach außen zu tragen, ist und bleibt prägendes Kennzeichnungsmerkmal dieser besonderen engagierten Gruppe im djb. Dass sie die Verbindung zu aktuellen rechtspolitischen Strömungen und einem an den Universitäten gelebten juristischen Feminismus herstellen, bereichert die Verbandsarbeit bis heute.

Jelena Wachowski